

Bad Reichenhall

Warum Angehörige jetzt nicht in Pflegeheime dürfen

Eine Palliativmedizinerin, ein Seelsorger und ein Jurist geben Antworten

03.04.2020 | Stand 03.04.2020, 06:03 Uhr

[Hans-Joachim Bittner](#)



Spaziergehen erlaubt: Für Senioren in den Alten- und Pflegeheimen in Bayern gelten die gleichen Ausgangsbeschränkungen wie für alle Bürger. –Foto: Hans-Joachim Bittner

Das Ansinnen zweier Angehöriger schwer kranker Pflegebedürftiger, helfen zu wollen, aber nicht zu dürfen, rief die Außerklinische Ethikberatung des Netzwerks Hospiz auf den Plan, die Ereignisse der vergangenen Tage und Wochen in diesem Bereich aus medizinischer, seelsorgerlicher und juristischer Seite zu beleuchten.

Der Situation entsprechend berief die Heimatzeitung eine Telefonkonferenz ein, um die Eckpunkte – zusammen mit Dr. Birgit Krause-Michel, Palliativ-Medizinerin und Vorsitzende der Außerklinischen Ethikberatung Südostbayern, Seelsorger und Diakon i.R. Johannes Häberlein sowie Jens A. Diedrich, Fachanwalt für Arbeits- und Medizinrecht in Traunstein – abzustecken. Die drei bilden den Vorstand der Ethikberatung.

Dr. Krause-Michel stellt zunächst klar, dass die Sorgen der Angehörigen "sehr ernst zu nehmen sind". Sie wisse: "Die Alten- und Pflegeheime sowie die Krankenhäuser arbeiten am Limit und benötigen dringend Hilfe. Das war schon in der Vor-Corona-Zeit so und hat sich nun noch einmal verstärkt." Jetzt gehe es in erster Linie um Fakten und Informationen. Alle drei betonen zu Beginn des Gesprächs, dass Menschen in Pflegeheimen, bei denen der Sterbeprozess begonnen habe, selbstverständlich im Familienkreis weiterhin besucht und begleitet werden dürften – ausgenommen Patienten mit Corona-Infektionen. Im Todesfall ist dann selbst eine Verabschiedung nicht mehr möglich.

Rechtsanwalt Jens A. Diedrich macht unmissverständlich klar: "Durch die Allgemein-Verfügung der Bayerischen Staatsregierung vom 20. März ist eindeutig Klarheit geschaffen. Es gibt eine staatliche Anordnung, dass der Besuch von Angehörigen in den Alten- und Pflegeheimen nicht mehr gestattet ist. Damit ist das juristisch erledigt." Nun stelle sich die Frage, warum das gemacht wurde. "Die Regierung muss in Abwägung aller Risiken die verschiedenen Grundrechte aller Bürger im Blick haben. Und dabei muss sie die Gesundheit aller über die Freiheitsrechte einzelner Bürger stellen. Sie ist quasi das höhere Gut."

Entscheidung "menschlich hart und natürlich drastisch" Die gesetzlichen Instrumentarien würden den Spielraum in einem derart akuten Fall wie dem aktuellen sehr einschränken. "Die Entscheidung ist menschlich hart und natürlich drastisch", so der Anwalt. Sie würde einem militärischen Verteidigungsfall ähneln. In der einen Waagschale liegen die Mehrheitschicksale von – im bayerischen Fall – 13 Millionen Menschen, in der anderen Einzelschicksale von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen.

Ein großes Problem sei es, Betriebsfremde in ein Pflegeheim zu lassen. Zu viel könne passieren, selbst wenn ein negativer Corona-Test vorliegen sollte. "Die Angehörigen müssten in Abständen immer wieder getestet werden – was aber nicht zu leisten ist", sagt Dr. Krause-Michel. Das Risiko müsse jedoch auf ein absolutes Minimum gesenkt werden, nicht nur für die Heim-Bewohner, vor allem für die Pflegekräfte. Rechtsanwalt Diedrich ergänzt: "Die Angehörigen übersehen, dass die bereits am Limit arbeitenden Pflegenden entlastet werden müssen. Dabei würden Betriebsfremde den eingespielten Ablauf eher behindern, mitunter sogar stoppen."

Körperlichen Kontakt rigoros vermeiden Gut gemeint sei nicht immer gut gemacht. "In einer Krise wie dieser müssen die Interessen Einzelner zurücktreten. Natürlich sträuben sich einem aus menschlicher Sicht die Haare. Aber wir können nicht anders entscheiden, es ist juristisch einwandfrei", drückt die Medizinerin durchaus eine gewisse Machtlosigkeit aus – "und glauben Sie mir, das ist für uns Ärzte das Schlimmste. Denn wir wollen Leben retten".

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde "als Verdachtsfall" mehrmals getestet: "Denn wir wissen im Grunde nichts über diesen Virus und somit den Gegner. Wann schlägt er zu, wie ist der exakte Verlauf der Krankheit. Wir haben keinen Impfstoff, keine Therapie und somit momentan keine wirksamen Möglichkeiten. Unsere einzige Chance in dieser Zeit ist es, körperliche Kontakte zu vermeiden. Und zwar rigoros", so Dr. Krause-Michel. Man könne aufgrund der großen Zahl an Verdachtsfällen lediglich Menschen mit Symptomen testen.

Und selbst wenn sie keine aufweisen, könnten sie Quelle der Infektion sein, da die meisten Covid-19-Erkrankungen harmlos verlaufen. Im Übrigen gelten für Heimbewohner die gleichen Regeln: Also derzeit "nur" Ausgangsbeschränkungen, keine Ausgangs- oder Eingangssperren. "Sie dürfen spazierengehen, allein, um frische Luft zu schnappen, und

danach zurück in ihre Wohnungen." Die Freiheitsrechte in einem freiheitlichen Staat würden andernfalls massiv verletzt.

Johannes Häberlein spricht von einer "ungeheuren Belastung", wenn Angehörige ihre Liebsten nicht mehr besuchen, pflegen und mithelfen dürfen, deren Alltag ein wenig leichter zu machen. Die nun ausgesprochenen Regeln des Staates kommen einer harten, jedoch nötigen Zumutung gleich, um die Gesundheit der Allgemeinheit zu schützen. "Das ist natürlich für alle, die nun allein gelassen werden, schwer verständlich. Demente können das ohnehin nicht verstehen. Das erhöht Belastung und Stress für alle enorm. Allein deshalb darf die Arbeit in den Heimen nicht zusätzlich belastet werden – dieser Schuss würde nach hinten losgehen."

Es sei schwer, diese neue Situation zu akzeptieren, aber es sei die einzig richtige Lösung. In dieser Frage sei nun Kreativität gefragt: "Mehr telefonieren, Briefe schreiben. Ich kenne einen Angehörigen, der seiner pflegebedürftigen Mutter ein einfach zu bedienendes Handy gekauft hat – der Kontakt ist somit möglich. Natürlich kann dies das persönliche Zusammensein nicht ersetzen", sagt Seelsorger Häberlein. "Wir selbst dürfen nun aber nicht zur Gefahr für unsere Liebsten werden." Zur Risikogruppe gehören nicht nur die Ältesten unserer Gesellschaft, sondern alle in den Pflegeheimen Tätigen.

Loslassen ein wichtiges Thema Häberlein beschreibt die neue, große Herausforderung klar: "Die innere Spannung aushalten." Und jeden Tag den Entwicklungen entsprechend handeln, selbst wenn es brutal klingt: "Als Angehöriger muss ich mich damit auseinandersetzen, dass das Coronavirus Opfer fordert – möglicherweise sogar im eigenen Familienkreis. Es ist elementar wichtig, das nicht nur zu befürchten, sondern zu wissen. Vor allem, um sich darauf einstellen zu können." Loslassen und das Geschehen lassen sei dabei leider ein zentrales, jedoch enorm wichtiges Thema.

Als Vorsitzender des Hospizvereins BGL weiß Johannes Häberlein nur zu gut über die Fragilität des Zusammenlebens Bescheid. Er und alle im Verein engagierten Kräfte hätten den Kontakt mittlerweile ebenfalls auf Telefon umgestellt: "Persönliche Besuche sind leider nicht mehr möglich. Wir müssen die Angehörigen, die Kranken, die Alten und letztlich uns selbst schützen. Das zu akzeptieren ist schwer, keine Frage."

Speziell im Fall der schwer erkrankten Angehörigen (wie in der Heimatzeitung berichtet) müsse laut Dr. Krause-Michel versucht werden, sie davon zu überzeugen, die Entscheidungen mitzutragen. "Gerade in diesen Zeiten ist es die Aufgabe einer außerklinischen Ethikberatung, Gespräche mit allen Beteiligten auf Augenhöhe zu führen, um die Probleme aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten."

Neben einer verständlichen medizinischen Aufklärung, unter Beachtung der rechtlichen Möglichkeiten, muss der Mensch immer im Fokus stehen. Die Begründung für unser Tun – sei es durch Unterlassen oder Intensivierung der Therapie – muss ethisch begründet werden. Ziel ist es, dass alle diese Entscheidung mittragen können, ist sie auch noch so schwer. Der verzweifelte Schritt der Angehörigen, sich mit ihren Sorgen und Ängsten an die Presse zu wenden, hätte dadurch vielleicht vermieden werden können."

Aus ethischer Sicht ein Skandal Aus ethischer Sicht sei es ein Skandal, dass Menschen jetzt nicht mehr zu ihren pflegebedürftigen Angehörigen dürfen, bestätigt Johannes Häberlein. Er betont jedoch: "Der eigentliche Skandal ist, dass wir jetzt die Quittung für einen empfindlichen Sparkurs in den vergangenen Jahrzehnten präsentiert bekommen. Das Personal

wurde drastisch reduziert, die Ausstattung stimmt nicht mehr, Schutzausstattungen müssen vielerorts nachgeordert werden, der ganze Krankenhaus- und Pflegeapparat ist mit Kontrollmechanismen und Bürokratie überladen – damit müssen alle Fachkräfte seit langer Zeit leben und arbeiten."

Es sei ein Irrtum gewesen, mit Gesundheit beziehungsweise Krankheit Geld verdienen zu wollen: "Denn Medizin und Pflege sind immer ein Draufzahlgeschäft, das muss sich ein Staat einfach leisten". Mit Corona rücken vorhandene Probleme "ganz nah an uns heran. Gegen diese Ohnmacht können wir momentan nichts tun", so Häberlein. "Wir müssen lernen, das Unvermeidliche zuzulassen" – etwas, das in der Wohlfühl- und Wohlstandsgesellschaft stets wie ein Tabuthema an den Rand gedrückt werde. "Es ist ethisch nicht vertretbar, beispielsweise einen über 90-jährigen, dementen und schwer pflegebedürftigen Menschen aus seiner gewohnten Umgebung auf die Intensivstation zu verlegen, um ihn dort – sagen wir – zu beatmen. Man würde ihm damit nichts Gutes tun, es wäre im Grunde Körperverletzung", sagt Dr. Krause-Michel.